LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/11115
24. 01. 2020

Antrag

der Fraktion der CDU

Den Verkehr von Morgen schon heute denken – Gesamtkonzept von Worms bis Speyer

Der Landtag stellt fest:

Die Wirtschaft unseres Landes und die Bürgerinnen und Bürger sind auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. An vielen Stellen in Rheinland-Pfalz sind die Straßen, Schienen und Brücken dem Verkehr jedoch nicht mehr gewachsen.

Beispielhaft hierfür steht die Metropolregion Rhein-Neckar. Bereits vor der Sperrung der Hochstraße Süd kam es zwischen Worms und Speyer zu häufigen und langen Stauungen. Für die Menschen als auch die heimischen Unternehmen führt dies zu zeitlichen, nervlichen und finanziellen Mehrbelastungen. Durch die Sperrung der Fahrbahn sowie die nicht vorhandene Querbarkeit unterhalb der Hochstraße Süd verschlimmerte sich die Verkehrssituation für alle Verkehrsteilnehmer (inklusive ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger) weiter.

Der Großteil der Infrastruktur sowie der Verkehrsführung in Ludwigshafen besteht seit den 1960er Jahren. Seit diesem Zeitpunkt veränderten sich Nutzerverhalten sowie die Mobilitätsformen grundlegend. Die stärkere Inanspruchnahme des ÖPNV, deutlich schwerere Fahrzeuge sowie längere Pendlerstrecken sind einige Beispiele, warum die Anforderungen an Straßen, Schienen und Brücken heute nicht mehr dieselben sind. Die Landesregierung sollte die Stadt und Region deshalb dabei unterstützten, ein neues Gesamtkonzept von Worms bis Speyer zu erarbeiten, wie sich der Verkehr von Morgen entwickeln wird und entwickeln soll, anstatt auf jahrzehntealte Lösungen zu setzen.

Ein solches Konzept beinhaltet viele Elemente, da die Mobilität der Zukunft aus unterschiedlichen Verkehrsangeboten besteht (Bsp. ÖPNV, Bikesharing oder E-Scooter). Gerade in Ballungsgebieten wie der Metropolregion Rhein-Neckar ist eine nutzerfreundliche Übersicht sämtlicher Mobilitätsträger sinnvoll. In dem Zusammenhang wird auf den beschlossenen Antrag „Zukünftige Mobilität gestalten – wichtige Weichenstellungen vornehmen“ (Drucksache 17/5427) verwiesen. In diesem wurde die Landesregierung aufgefordert, eine verbund- und länderübergreifende Plattform zu entwickeln, auf der alle Verkehrsangebote angezeigt und in einem Schritt gebucht werden können. Die Inbetriebnahme dieser Plattform steht noch aus.

Darüber hinaus fordern Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft (Bsp. IHKs) eine weitere Rheinquerung. Auch die Landesregierung bestätigt auf Nachfrage, dass eine solche hilfreich wäre (Drucksache 17/10209). Dieser Forderung schließt sich der Landtag hiermit an: Die Region zwischen Worms und Speyer benötigt eine zusätzliche Rheinbrücke. Sie steht damit exemplarisch für ganz Rheinland-Pfalz, da in allen Landesteilen an der Rheinschiene weitere Brücken benötigt werden.

Die Suche nach einem geeigneten Ort für die zusätzliche Rheinquerung zwischen Worms und Speyer darf nicht auf die im Jahr 2010 angedachte Trasse bei Altrip beschränkt werden. Die Realisierbarkeit dieser Planungen erscheint wegen der bereits erfolgten Verdichtung des Wohngebiets und der Ausdehnung des Großkraftwerks Mannheim zum heutigen Zeitpunkt fraglich. Der Standort der weiteren Rheinbrücke sollte im Konsens mit den lokalen Beteiligten erreicht werden. Hier hat die Landesregierung die Verantwortung, als Vermittler tätig zu werden.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 28. Januar 2020 – Vorabdruck verteilt am 24. Januar 2020

b. w.

Obwohl die Planungen zum Bundesverkehrswegeplan 2030 abgeschlossen sind, ist eine solche Initiative sinnvoll. Damit bei der Anmeldung zum nächsten Bundesverkehrswegeplan bereits realistische Ideen und Planungen vorliegen, muss der Findungsprozess zeitnah beginnen.

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf:

- einen Dialogprozess anzustoßen, an dessen Ende ein Gesamtkonzept für den zukünftigen Verkehr der Metropolregion Rhein-Neckar steht (vor allem Rhein-Pfalz-Kreis sowie die kreisfreien Städte Worms, Ludwigshafen und Speyer);
- innerhalb dieses Prozesses ergebnisoffen zu prüfen, wo eine zusätzliche Rheinbrücke realisiert werden kann;
- die Interessen aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu berücksichtigen, egal ob sich diese per Auto, Bus, Bahn, Fahrrad oder zu Fuß fortbewegen;
- eine enge Einbindung der Bevölkerung sicherzustellen und die Potenziale sowie die Kosten des Vorhabens transparent zu kommunizieren;
- eng mit den Partnern vor Ort zusammenzuarbeiten, insbesondere mit dem Verband Region Rhein-Neckar sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Länder Baden-Württemberg und Hessen;
- Die Inbetriebnahme der verbund- und länderübergreifende Plattform zügig zu realisieren.

Für die Fraktion:
Martin Brandl